

Erneuerbare beflügeln stromintensive Industrie

von Matthias Pallutt

Die Meldung, dass Norsk Hydro seine Produktion in der Neusser Aluminiumhütte hochzufahren gedenkt, hat bei einigen Marktteilnehmern für Erstaunen gesorgt. In der Argumentation der Industrieverbände war die beschlossene Energiewende eher der Sargnagel der stromintensiven Industrie, weil Versorgungsengpässe und gleichsam Preissteigerungen befürchtet wurden. Die Begründung für die Produktionsausweitung von Norsk Hydro könnte allerdings in keinem größeren Widerspruch dazu stehen. Die niedrigen Strompreise seien der Grund für die Produktionsausweitung. Erneuerbare Energien führten durch ihren stetigen Ausbau und der bevorzugten Einspeisung ins Netz zu einer immer stärkeren Absenkung der Börsenpreise an der European Energy Exchange (EEX) in Leipzig. Die Börsenpreise haben sich seit 2008 von ca. 7 ct/kWh in Richtung 5 ct/kWh bewegt. Auch die Terminmärkte signalisieren für die kommenden Jahre keinen nennenswerten Strompreisanstieg. So konnte sich Norsk Hydro einen langfristig günstigen Strompreis sichern. Die von der energieintensiven Industrie zu zahlende EEG-Umlage in Höhe von 0,05 ct/kWh hat dagegen nur einen marginalen Kosteneinfluss. Ironischerweise vermeldete kürzlich der direkte Wettbewerber Trimet trotz gut gefüllter Auftragsbücher einen Verlust für das abgelaufene Geschäftsjahr. Der Grund dafür lag in der Fehleinschätzung der Strommärkte nach der nach

dem Atomunfall von Fukushima beschlossenen Energiewende. Man hatte damals in eigener Verantwortung Sicherungsgeschäfte zu einem deutlich höheren Strompreis durchgeführt, die nun wertberichtigt werden mussten. Was die stromintensive Industrie demnach mehr fürchten muss als die Energiewende, ist scheinbar die Angst vor ihr.

Die Entscheidung von Norsk Hydro ist aber auch aus einer anderen Perspektive bemerkenswert. Bereits vier Stunden nach Stromabschaltung sind Elektrolysezellen irreparabel zerstört. Der Betrieb einer Aluminiumhütte stellt demnach höchste Ansprüche an die Versorgungssicherheit. Offenbar hält man bei Norsk Hydro das Blackout-Risiko zumindest an diesem speziellen Standort für gering.

Zusätzlich deutet sich für die stromintensive Industrie eine weitere Erlös

quelle an. Nach Meldungen aus dem Wirtschaftsministerium soll zum 1. Januar 2013 die Abschaltverordnung in Kraft treten. Diese sieht monatliche Vergütungen für herunterregelbare Kapazitäten in Höhe von 1.667 Euro/MW und zusätzlich Vergütungen für nicht abgerufene Strommengen in Höhe von 100-500 Euro/MWh vor. Für die stromintensive Industrie wird damit, sofern sie ihre Stromnachfrage anpassen kann, ein neues Geschäftsmodell geschaffen, das auf der Pufferung der durch die erneuerbaren Energien verursachten Produktionsschwankungen basiert. Über die Höhe der in Aussicht gestellten Vergütungen lässt sich selbstverständlich streiten, aber auch aus volkswirtschaftlicher Sicht erscheint zumindest die Ausrichtung der Nachfrage an der jeweiligen Stromproduktion günstiger zu sein, als der Bau und Betrieb von Pumpspeicherkraft-



werken. In jedem Fall dürfte er schneller umsetzbar sein.

Die sich vollziehende Energiewende in Verbindung mit den zahlreichen Ausnahmeregelungen für die energieintensive Industrie führen damit zwangsläufig zu einer Zweiklassengesellschaft. Private und kleine gewerbliche Stromverbraucher finanzieren die Lasten, während die stromintensive Industrie profitiert. Die Diskussionen über die soziale Ausgewogenheit dieser besonderen Form von aktiver Industriepolitik werden in den nächsten Monaten sicher anhalten.

Fuhrländer AG ist insolvent

Am 20. September hat die Fuhrländer AG beim Amtsgericht Montabaur den Insolvenzantrag gestellt. Nachdem im März ein umfangreiches Restrukturierungsprogramm mit einem Personalabbau von 70 auf ca. 430 Mitarbeiter durchgeführt wurde und anschließend ein ukrainischer Investor die Mehrheit an der Fuhrländer AG übernahm, scheint sich die Lage weiterhin verschlechtert zu haben. In der Pressemitteilung der Fuhrländer AG wurde die Insolvenz etwas nebulös mit „kundenseitigen Projektverschiebungen“, die „zu unvorhersehbaren Verzögerungen bei den Projektzahlungen“ führten, „die von der Fuhrländer AG nicht kompensiert werden konnten“ begründet. Vermutlich haben insbesondere Probleme bei den ausländischen Projektentwicklungen zur Insolvenz beigetragen. In Deutschland war Fuhrländer in den letzten Jahren nicht sehr erfolgreich und hatte sich deswegen verstärkt auf Auslandsmärkte konzentriert. Diese Strategie scheint nun vorerst gescheitert. Momentan versuche man durch das Planinsolvenzverfahren, ein Fortführungskonzept zu entwi-

ckeln. Als vorläufiger Sachwalter wurde der Trierer Rechtsanwalt Professor Thomas Schmidt eingesetzt. Bei einer angestrebten Eigenverwaltung im Insolvenzverfahren kann das betroffene Unternehmen unter Aufsicht des Sachwalters mit Einschränkungen weiter über das Vermögen verfügen, Vorstand und Aufsichtsrat bleiben in ihren Funktionen. Im Fall von Fuhrländer soll der Sachwalter nach Angaben des Gerichts nun zudem prüfen, wie die Chancen für einen Fortbestand des Windradbauers sind. Wo jedoch die Zukunft von Fuhrländer liegt, ist momentan ungewiss. Die Insolvenz der Fuhrländer AG wird sicher von der Branche genau beobachtet werden. Gerade vor dem Hintergrund der immer stärker verbreiteten Vollwartungsverträge wird das Vertragserfüllungsrisiko bei der Unterzeichnung von Vollwartungsverträgen sicher stärkere Berücksichtigung finden. Jeder Investor, der einen 15jährigen Vollwartungsvertrag beim Hersteller unterschreibt, geht damit auch eine Wette ein, dass der Hersteller so lange als Vertragspartner zur Verfügung steht. Fuhrländer war und ist nicht der einzige Hersteller, der unter unzureichender Profitabilität leidet.

Beschleunigte Absenkung der Managementprämie

Die am 1. Januar 2012 in Kraft getretene Fassung des EEG sah die Einführung einer Managementprämie in Höhe von 1,2 ct/kwh vor. Dies löste innerhalb kürzester Zeit große Mitnahmeeffekte in der Branche aus. So erreichte der aus Wind-onshore-Anlagen direkt vermarktete Strom eine Durchdringung bis Ende Januar 2012 von 40% und bis Ende Juli von 70%. Ursprünglich eingeführt, um die erneuerbaren Energien marktkonformer zu gestalten, werden

inzwischen aufgrund ihrer starken Verbreitung eher die Kostenaspekte für den Verbraucher betont. Als Konsequenz beschloss das Kabinett der Bundesregierung, die Managementprämie stärker als bislang geplant abzusenken. So soll zum 1. Januar 2013 die Managementprämie auf 6,5 €/MWh bzw. 7,5 €/MWh für fernsteuerbare Anlagen sinken. Dieser Unterschied zwischen fernsteuerbaren und nicht fernsteuerbaren Anlagen soll sich in den kommenden Jahren sogar auf 2€/MWh ausweiten. Marktteilnehmer halten sich daher aktuell mit dem Abschluss von Direktvermarktungsverträgen zurück. Offenbar will man erst das Gesetzgebungsverfahren abwarten. Wie hoch die Senkung der Managementprämie am Ende auch ausfällt, eine Marktbereinigung innerhalb der Direktvermarktungsdienstleister erscheint momentan wahrscheinlich. Beste Aussichten hat dabei vermutlich der momentane Marktführer Statkraft.

Beruhigung im Transaktionsgeschäft

Glänzten die Monate Juli und August noch mit einem sehr hohen Aufkommen an Transaktionen bei Windprojekten, so ist im September eine deutliche Beruhigung eingetreten. Mit gerade einmal 3 Transaktionen, davon zwei in Deutschland und eine in Schweden, ist das Transaktionsvolumen so niedrig wie schon lange nicht mehr. Als Trendwende ist dies jedoch nicht zu deuten. Möglicherweise hat die gerade stattgefundenene Husum Wind gewisse

Leitartikel

Kapazitäten zeitweilig absorbiert. Die Rahmenbedingungen für Windprojektentwicklungen haben sich in den letzten Monaten nicht wesentlich verändert. Es stehen nach wie vor ausreichend Entwicklungsflächen wie auch Kreditfazilitäten zur Verfügung. Insofern ist von einem baldigen Anstieg der Transaktionen auszugehen.